Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1897

17 (21.1.1897) I. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pfg. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Hirschstraße 9. Telephonanschluß Nr. 401.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 60 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 17. I. Blatt. Karlsruhe, Donnerstag, den 21. Januar 1897

Eine gröbliche Verkennung des Centrums.

♀ Welche Vorstellung müssen die badischen „Konservativen" von dem Centrum haben, wenn sie, wie es nun wirklich zugestanden ist, demselben ein Wahlbündnis für den 2. und 13. Wahlkreis anbieten konnten! Die Worte des offiziellen Partei-Organes geben darüber Aufschluß: „die gläubigen Protestanten und die gläubigen Katholiken sollten zusammengehen, um für unsern Staat, unsere Gesellschaft und unsere Gesetzgebung den bei allen sonstigen Trennungspunkten gemeinsamen Boden der christlichen Weltanschauung zu retten". Wie mögen die um Wacker auf den Stockzähnen gelacht haben, als sie diese kindliche Anschauung der Konservativen zur Kenntnis nahmen! Vielleicht hat es ihnen ein wenig geschmeichelt, daß man sie für „gläubige Katholiken" hält, und ihnen zutraut, sie seien geneigt, dem Staat, der Gesellschaft und der Gesetzgebung die christliche Weltanschauung zu retten! Aber das Gefühl, einer ungeheuern Naivetät gegenüberzustehen, muß doch überwogen haben. Die Protestanten, die dem Centrum jenen Antrag machten, müssen nicht bloß „gläubig", sondern noch etwas anders sein, nämlich echte deutsche Träumer, wenn sie an eine solche Gesinnung des Centrums glauben können.

Natürlich ist das erfolgt, was jeder auf dem Laufenden befindliche Politiker den Konservativen vorhersagen konnte, was überhaupt jedermann wußte, nur sie selbst nicht: sie sind abgeblitzt, und in ihrer moralischen Niederlage muß sie das Bewußtsein besonders schmerzen, daß sie ihren besseren Teil ganz unnötig und erfolglos verleugnet haben. Denn protestantische Konservative sind immer deutsch gesinnt, müssen es sein, weil eben die Gemütsauffassung des Christentums, die der gläubige Protestantismus vertritt, eine spezifisch deutsche ist und nur auf dem Boden des Deutschtums gedeihen kann.

Die um Wacker sind weder deutsch, noch sind sie „gläubige Christen". Wer nicht von Parteisucht ganz verblendet ist, der muß längst gesehen haben, daß das Centrum alle deutschfeindlichen Bestrebungen unterstützt, alle deutschfreundlichen bekämpft. Unter seinem Schutze und unter hervorragender Beteiligung des katholischen Klerus gedeihen die polnischen Agitationen in unserer Ostmark, ebenso die französischen in den Reichslanden, wie die welfischen in Hannover; und wenn nicht Schleswig-Holstein ein protestantisches Land wäre, so würde das Centrum zweifellos auch dort eine deutschfeindliche, eine dänische Propaganda ins Werk setzen. Die römische Politik arbeitet schon ganz offen auf die Zerstörung des Deutschen Reiches hin, wobei sie in unserer angestammten Zwietracht den besten Bundesgenossen findet. In allen Centrumsblättern wird der Deutschgedanke verhöhnt und alles Deutsche herabgewürdigt, im Centrum haben die Bestrebungen, die Wehrkraft des Deutschen Reiches nicht mit der Zeit fortschreiten zu lassen, ihre Wurzel. Weder für unsere Landmacht, noch für unsere Flotte will das Centrum Verstärkungen oder notwendige technische Neuerungen bewilligen, und es steht in dieser Hinsicht weit gegen die demokratischen Parteien zurück, die wenigstens für die Artillerie alles thun wollen, was durch das Vorgehen anderer Völker bedingt ist. Nur mit der Sozialdemokratie hat das Centrum auch in dieser Hinsicht Berührungspunkte.

Und mit diesem Centrum hat die konservative Parteileitung Badens Fühlung gesucht! Alle deutschen Bedenken hat sie unterdrückt, in der Meinung, mit dem Centrum den Boden des Christentums gemeinsam zu haben! Aber auch dies war eine gröbliche Verkennung. Das Centrum will von der Unterstützung der „gläubigen Protestanten" gar nichts wissen, ihm sind die Atheisten der Sozialdemokratie viel lieber! Wir haben es ja mehr als einmal gesehen, daß das Centrum mit den Gottesleugnern Arm in Arm in den Kampf zog, daß es nicht nur von ihnen Wahlunterstützung annahm, sondern ihnen auch Wahlunterstützung leistete. (Siegesfeier im Konstanzer kath. Vereinshaus!) Ganz ebenso verhielt sich das Centrum gegen die sog. demokratischen Kandidaturen, wo es an dem ausgesprochen atheistischen Bekenntnis keinen Anstoß nahm, Kandidaten zu unterstützen. Und bei einer solchen Partei sucht die konservative Parteileitung den „gemeinsamen Boden des Christentums!" Ist denn das überhaupt noch Christentum, was das Centrum betreibt? Ist es denn nicht in den meisten Fällen krasser Aberglaube, Ausbeutung des Stiftungswahns und gewissenlose Volksverhetzung? Hat man denn in jenen konservativen Kreisen keine Empfindung mehr für die schmachvolle Behandlung der Protestanten durch die streitbare römische Klerisei? Sind die durch List und Gewalt geschehenen Umtaufen protestantischer Kinder in Gottenheim, in Gießen und an andern Orten schon vergessen? Ist die erzbischöfliche Eheinstruktion von 1884 eine den „gläubigen Protestanten" ganz gleichgiltige Sache? Bleiben sie kalt bei den Herabwürdigungen, die der „absterbende" Protestantismus in den Organen des Centrums alltäglich erfährt? Ist ihnen eine Partei, die so aller christlichen Liebe bar ist, daß sie Kinder, Weiber und Sterbende aufs Blut peinigt, um einen Proselyten zu machen, ist ihnen eine Partei, die jetzt wieder im 2. Wahlkreis alle Leidenschaften des Hasses und Neides gegen die Besitzenden schürt, daß Sozialdemokraten ihre helle Freude daran haben müssen, wirklich noch eine Partei des „gläubigen Christentums"? Wenn ja, dann möge uns Gott vor einem solchen „gläubigen Christentum" bewahren, denn es wäre die Hölle auf Erden.

Die deutschgesinnten Katholiken geben selbst den „gläubigen Protestanten" ein beschämendes Beispiel von Ueberzeugungstreue und Charakterfestigkeit, indem sie der Centrumsleitung fest gegenübertreten und dieselbe bekämpfen. In der That, ein deutscher Mann, der sein Vaterland hochhält, ein echter Christ, dem die Lehren des Christentums keine bloßen Worte sind, sondern Ermahnungen zur werkthätigen Befolgung, muß das Centrum als seinen natürlichen Gegner ansehen. Um so mehr, wenn der Mann zugleich ein Protestant ist, und als solcher seine Glaubensgenossen verflucht und verfolgt sieht. Ueber alle diese Dinge geht die Erklärung in dem konservativen Organ mit den schalen Worten hinweg: „bei allen sonstigen Trennungspunkten!" Man kann über die gläubige Unschuld nicht einmal mehr lachen, sie erweckt zuviel Mitleid.

Das Verhalten der konservativen Parteileitung rechtfertigt den Schluß, daß große staatsmännische Gesichtspunkte ihr vollständig ferne liegen. Vaterland, Christentum, Protestantismus sind Begriffe, die nur in höchst abgeblaßter Form bei dieser konservativen Parteileitung zu finden sind. Sie kann mit ihrem schnöden Antrag beim Centrum nur sehr untergeordnete Ziele verfolgt haben, vielleicht daß in den Volksschulen wieder ein paar Sprüche und Verse mehr auswendig gelernt werden müssen oder daß die Grundherrschaften wieder etwas besser gestellt werden, daß also das protestantische Mucker- und Junkertum mehr obenauf kommt. Daß sie sich darin verrechnet haben, ist als ein Glück zu betrachten, das nicht von vornherein feststand. Eigentlich hätte das Centrum die Hilfe annehmen können, denn zuletzt wären die Konservativen doch die Geprellten gewesen, und es hätte sich ja vorzüglich ausgenommen, Pfarrer Wacker in der Mitte, den Sozialdemokraten Geck am linken und den konservativen Freiherrn von Stockhorner am rechten Arm, um das Jahrhundert in die Schranken zu fordern. Es hat nicht sollen sein, es wär' zu schön gewesen! Hiefür haben wir uns nicht bei den Konservativen zu bedanken, sondern bei dem Centrumsführer, der voll Hohn und Verachtung das kleine Häuflein der Konservativen fortgejagt hat, weil es ihm gar nicht der Mühe wert ist, ihm eine noch so bescheidene und unverfängliche Gegenleistung zu versprechen.

Unter dem Freiherrn E. A. v. Göler wäre ein solcher grober Mißgriff und eine solche furchtbare Niederlage der konservativen Parteileitung wahrscheinlich nicht vorgekommen. Die konservativ gesinnte Bevölkerung ist auch für dieselben nicht verantwortlich zu machen. Sie mißbilligt das Verhalten der Parteileitung ebenso wie wir. Beweis ist, daß die konservative Partei in Baden nicht zu Kräften kommen kann, trotz aller Anstrengungen, die von der Parteileitung gemacht werden. Wer wirklich deutsch-konservativ oder frei-konservativ gesinnt ist, der steht mit beiden Füßen im nationalen Lager, und da es in Baden nur eine Partei giebt, die das nationale Interesse allen andern voranstellt, so wählt dieser ehrenhafte Teil der Bevölkerung eben nach wie vor, und jetzt erst recht, mit den Nationalliberalen.

Vom Tage.

* Karlsruhe, 20. Jan.

Zum Zeugniszwang gegen die Presse.

Die Entlassung des verantwortlichen Redakteurs der „Frankfurter Zeitung", A. Giesen, aus der Zwangshaft wird von der „Köln. Ztg." auf das direkte Einschreiten des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe zurückgeführt. Der Fürst habe sich nach zuverlässigen Informationen dieser Tage über die Sachlage eingehenden Bericht erstatten lassen und dann die Aufhebung der Zwangshaft angeordnet. Interessant sind die weiteren Ausführungen des genannten Blattes: „Der Fürst ist von jeher ein Feind aller Preßverfolgungen gewesen, er hat die Stärke einer Regierung nicht darin gefunden, den politischen Gegner in der Kritik von Regierungsmaßregeln mundtot zu machen, und er wird auch im vorliegenden Falle zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die etwa mögliche Strafe des gleichfalls nur möglichen, nicht einmal feststehenden Disciplinarvergehens eines unbekannten Beamten, die höchstens auf Dienstentlassung hätte lauten können, doch in keinem vergleichbaren Verhältnis zu der außergewöhnlich scharfen Strafe einer zehntägigen Zwangshaft steht, die ein anständiger politischer Gegner nur um deswillen auf sich nehmen mußte, weil er das Verlangen der Disciplinarbehörden, seinen Gewährsmann zu nennen, als einen für ihn selbst ehrlosen Ausweg zurückzuweisen genötigt war. Wir glauben, daß der Fürst sich in weiten Kreisen unseres Volkes, die darauf achten, daß das Wort des freien Mannes in deutschen Gauen jederzeit eine gute Statt findet, für sein jetziges Einschreiten warme Dankbarkeit und ehrliche Anerkennung erwerben wird. Auch der preußische Justizminister hat in der gestrigen Reichstagssitzung, veranlaßt durch eine Rede des Abg. Munckel, unumwunden zugegeben, daß es gerade Zeitungsredakteuren gegenüber eine höchst peinliche Zumutung sei, über Dinge Zeugnis abzulegen, die ihnen unter dem Siegel des Redaktionsgeheimnisses anvertraut worden sind. Er hat eine solche Lage mit Recht als eine Kollision von Pflichten gekennzeichnet, und wenn er hinzusetzte, daß diese Kollision nicht zu beseitigen sei, so geht doch aus dieser Kennzeichnung hervor, daß von einem Zwangsverfahren, das einen Ehrenmann vor einen Widerstreit von Pflichten stellt, nur in dringenden Notfällen Gebrauch gemacht werden darf. In den bisher zur öffentlichen Kenntnis gelangten Fällen der Anwendung des Zeugniszwangs gegen Redakteure hat ein solcher dringender Anlaß nicht vorgelegen. Es ist um so erfreulicher, daß gerade der preußische Justizminister sich in dem bemerkten Sinne ausgesprochen hat, als Preußen bisher der einzige Bundesstaat im Deutschen Reiche war, der zu derartigen Zwangsmitteln gegriffen hat."

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 19. Jan.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Etat des Reichsschatzamtes fortgesetzt. Hierzu liegt eine Resolution Hammacher vor, wonach Landesbehörden errichtet werden sollen, welche den Interessenten über die Höhe und Berechnung des Eingangszolles für ausländische Waren Auskunft erteilen und wonach die Entscheidung über Beschwerden wegen unrichtiger Anwendung des Zolltarifes durch Verwaltungsgerichtsbehörden, an denen Sachverständige teilnehmen, oder durch Schiedsgerichte erfolgt.

Abg. Lenzmann (freis. Vpt.) stimmt der Tendenz der Resolution zu, wünscht aber eine Reichsbehörde. Dem Wirrwarr und der Konfusion zwischen den Bundesstaaten, ja sogar innerhalb der einzelnen Bundesstaaten, müsse gesteuert werden. Die Notwendigkeit einer Besserung sei bereits bei einer früheren Debatte dargelegt worden. Um sie vollständig zu machen, müsse man aber Reichsbehörden errichten, sonst würden z. B. die preußischen Behörden ganz im Geiste des preußischen Finanzministers urteilen.

Abg. Hammacher (natl.) befürchtet, daß der Vorschlag Lenz-

Der Ehescheidungsprozeß des Prinzen von Chimay.

(Unberecht. Nachdruck verboten.)

S. u. H. Charleroi, 18. Jan.

Die Nachricht, daß in dem morgen vor dem hiesigen Civilgericht beginnenden Ehescheidungsprozeß des Prinzen von Chimay gegen seine mit dem Zigeunerprimas Rigos Jancsi durchgebrannte Gattin, die amerikanische Millionärin Ward, sensationelle Enthüllungen über die Beziehungen der Prinzessin von Chimay zu hochgestellten Personen, u. a. auch zu einem gekrönten Haupte bevorstehen, und die weitere Meldung, daß die Prinzessin gleichsam zu ihrer Entlastung durch ihren Advokaten interessante Mitteilungen über die Damen der belgischen und französischen Aristokratie machen wird, hat in Verbindung mit der ganzen romantischen Entführungsgeschichte der Prinzessin durch den Zigeunerprimas nicht verfehlt, einen kleinen internationalen Journalistenkongreß nach der bisher nur durch seine Bergarbeiterstreiks bekannt gewordenen Kohlenstadt Charleroi zusammen zu berufen. Man sieht Kollegen aus dem benachbarten Brüssel, aus London und selbstverständlich auch aus Paris. Ihr Kongreßlokal ist ein echtes Münchener Bierlokal, das ein Oesterreicher, Wimmer, in Bewirtschaftung hat, und für ihre sonstigen Bedürfnisse sorgt in liebenswürdigster Weise der Chefredakteur des „Journal de Charleroi", Monsieur Jules des Essart. Auch eine Berichterstatterin, wie es heißt, von der „Petite République" ist anwesend und bildet sowohl ihrer Schönheit wie ihres Geistes wegen den Mittelpunkt der kleinen Gesellschaft. Sie ist natürlich mit dem Schritt der Prinzessin durchaus einverstanden und erklärt ganz offen, daß sie es ebenso machen würde — notabene, wenn sie einen Fürsten zum Mann und einen Zigeunerprimas zum Geliebten hätte.

Heute Vormittag unternahm man, gewissermaßen zur Orientierung, einen Ausflug nach dem etwa zwei Stunden entfernten Chimay, dem Wohnsitze des Prinzen. Chimay ist eine kleine, überaus saubere Stadt mit ca. 17 000 Einwohnern, und die Größe des fürstlichen Besitztums sowohl, als der Wohlstand, in dem sich die Einwohner der einzelnen Ortschaften zum größten Teil befinden, straft die Meldung Lügen, nach welcher der Prinz ganz von dem Gelde der durchgebrannten amerikanischen Millionärin abhängig gewesen sein soll. Nach alledem, was man in Chimay über den Prinzen hört, stellt er sich als ein sehr leutseliger, freigebiger Mann dar, der allerdings mehr in Ostende und Brüssel, als in seinem Fürstentum zu sehen war. Daran aber soll auch wiederum mehr die Prinzessin die Schuld tragen, welche naturgemäß den Spielsaal in Ostende und das Théâtre de la Monnaie in Brüssel lieber sah, als die Cabarets von Chimay. Das Schloß des Prinzen liegt mitten in der Stadt am „Grand place". Es ist ein wunderbarer Bau im Rokokostil und enthält neben zahlreichen Prachtsälen eine sehr schöne Kirche und ein vollständiges Theater. Wie die Unterthanen des Fürsten über ihre davongelaufene Fürstin sprechen, wollen wir lieber verschweigen. Günstig gesinnt ist ihr die vox populi auf keinen Fall.

In dem Zuge, welcher die Journalisten nach Charleroi zurückbrachte, fuhr auch der Prinz von Chimay mit seinem Advokaten, dem früheren belgischen Ministerpräsidenten Bernaert, um den morgen früh 9 Uhr beginnenden Verhandlungen in seinem Ehescheidungsprozeß beizuwohnen. Es erscheint bisher sehr fraglich, ob der Prozeß morgen schon völlig zum Abschluß gebracht werden wird. Unter Umständen kann er sich auch noch ein bis zwei Monate hinziehen. Nach den Bestimmungen des belgischen Gesetzes nämlich, das durch den Code Napoleon repräsentiert wird, sind bei der Ehescheidung folgende Formalien zu beobachten: Der Kläger, in diesem Falle der Prinz von Chimay, reicht beim Gericht seinen Antrag auf Ehescheidung ein. Er wird dann vom Präsidenten geladen, seine Beschwerden anzubringen. Dies ist bereits durch Vermittelung des Advokaten Bernaert geschehen. Nunmehr ladet der Präsident die beiden Parteien zum persönlichen Erscheinen vor und unternimmt den vorgeschriebenen Versöhnungsversuch. Scheitert dieser, so sind die Parteien nochmals zu zwei Terminen vor das Civilgericht vorzuladen, ebenfalls zu dem Zwecke, Versöhnungsversuche vorzunehmen. Wenn beide Eheleute dann nicht versöhnt sind, bestimmt der Präsident, ob und welche Zeugen zu laden sind, um die Schuld der einen oder der anderen Partei festzustellen. Nach der Vernehmung dieser Zeugen setzt dann das Gericht den Tag der Plaidoyers der Verteidiger fest. Alle diese Formalitäten, mit Ausnahme der Plaidoyers und des nachfolgenden Urteils finden hinter geschlossenen Thüren statt. Die Zusammenkunft der beiden Parteien vor dem Präsidenten und das erste Erscheinen vor der Civilkammer hat bereits stattgefunden. Der Prinz von Chimay war erschienen, die Prinzessin erklärlicherweise nicht. Der für morgen angesetzte Termin ist für die zweite Zusammenkunft der Parteien bestimmt. Erscheint die Prinzessin auch hierzu nicht, so werden entweder die von den Parteien angegebenen Zeugen geladen, oder aber es beginnen, falls die Vernehmung für unerheblich erachtet werden solle, sofort die Plaidoyers der Verteidiger, nach deren Beendigung dann der Gerichtshof seine Entscheidung fällt. Sollte in eine Zeugenvernehmung eingetreten werden, so wird man schon aus den Namen der Vorzuladenden ersehen können, inwieweit jenen Meldungen, nach denen hochstehende Persönlichkeiten der belgischen Aristokratie durch den Prozeß kompromittiert werden würden, Glauben zu schenken war. Wie es heißt, soll die Prinzessin, welche nach den neuesten Meldungen nach Capstadt oder Transvaal zu reisen gedenkt, ihrem Anwalt eine besondere Erklärung übersandt haben, durch die das ganze Verfahren eine wesentliche Verkürzung erfahren dürfte.

Verschiedenes.

Personalien. Berlin, 19. Jan. Geh. Rat Stauder, vortragender Rat im Kultusministerium, ist heute Mittag gestorben.

Selbstmord auf der Bühne. Aus Budapest schreibt man der „Frankf. Ztg." vom 16. d.: Einen wohlinscenierten Selbstmord hat der Arader Schauspieler Koloman Balla gestern verübt. Zur Aufführung gelangte ein Drama von Zoltán Bosnyák „Der Ehrenrichter", dessen Held ein polternder, sich als Ehrenrichter aufspielender hohler Streber ist, der entlarvt am Schlusse des Stückes sich erschießt. Das Stück wurde gestern zum zweitenmal aufgeführt. Koloman Balla, der Träger der Titelrolle, hatte bei seinem vorgestrigen ersten Auftreten die Arader Kritik nicht befriedigt; sein gestriges Spiel aber setzte das Publikum durch starke Accente in Erstaunen und als Balla der Vorschrift gemäß am Schlusse des letzten Aktes die Bühne verließ, um hinter den Coulissen den totbringenden Schuß abzufeuern, folgte ihm lauter Beifall. Der Schuß ertönte mit etwas stärkerer Detonation als gewöhnlich. Das Publikum verließ aber doch nichtsahnend das Haus. Hinter den Koulissen freilich ging es lebhafter zu. Der Regisseur alarmierte das Theatervölkchen mit dem Rufe: „Heiliger Gott, Koloman Balla hat sich erschossen!" Man eilte herbei: Der Schauspieler lag am Boden und aus einer Kopfwunde strömte das Blut. Der Theaterarzt und einige herbeigerufene Kollegen verbanden die augenscheinlich tötliche Wunde. Balla erlangte einen Moment das Bewußtsein wieder und sagte: „Gehen wir nach

kann rundweg von den Regierungen abgelehnt werden würde als verfassungswidrig. In Frankreich bestehe eine richterliche Entscheidung und Handel und Wandel befänden sich wohl dabei.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Frage ist von tief eingreifender Natur. Der Bundesrat entscheidet doch über eine Menge Zollsachen in letzter Instanz. Der erste Teil des Antrages Hammacher bietet rechtliche und zolltechnische Schwierigkeiten. Der Handelsstand verlangt mit Recht größere Schnelligkeit der Entscheidung. Der Bundesrat hat nun verschiedene Maßregeln ergriffen, um diesem Wunsche gerecht zu werden. Ein oberster Gerichtshof wird aber kaum zu einer schnelleren Entscheidung kommen wie der Bundesrat. Der Handelsstand fordert eine einheitliche Entscheidung der Zollfragen. Wie man aber die Sache anfassen mag, eine Verschiedenheit der Entscheidungen wird sich nicht ganz vermeiden lassen. Wenn Leute durch eine mehr private Auskunft einer Unterbehörde verletzt würden, läßt sich dem dadurch abhelfen, daß man den Unterbehörden eine derartige Auskunft überhaupt untersagt. Der Bundesrat hat bisher in geeigneten Fällen den Zoll nachgelassen. Für die Zukunft könnte er vielleicht dadurch abhelfen, daß er von allen Bundesstaaten gleichmäßig zu beachtende Grundsätze in dieser Beziehung aufstellt. Ich muß zugeben, daß gewisse Uebelstände bei dem gegenwärtigen Verfahren sich nicht leugnen lassen. Ich kann mir einen Antrag in der Weise denken, daß der Bundesrat sich darüber schlüssig macht, daß die oberste Finanzbehörde in den einzelnen Bundesstaaten Auskunft mit autoritativer Kraft in Zukunft erteilt. Daher wäre der erste Teil des Antrages Hammacher ernstlicher Erwägung wert. Im zweiten Teil des Antrages liege aber ein Ausschalten des Bundesrats. Das kann ich heute schon dem hohen Hause versichern, daß der Bundesrat sich nochmals eingehend mit der Frage beschäftigen wird, inwieweit berechtigten Wünschen auf diesem Gebiete innerhalb der Verfassung entsprochen werden könnte.

Abg. Ulrich (Soz.) beantragt, im Falle der Ablehnung des Antrages Lenzmann die Resolution Hammacher anzunehmen. Redner beantragt ferner: 1. Ein internationales Zollgericht anzustreben und 2. in alle Zollverträge den Passus aufzunehmen, daß eine Regierung ohne Zustimmung der kontrahierenden Regierung eine Ware nicht anders rubrizieren dürfe, als es bei der Ratifikation des Vertrages der Fall gewesen ist. Redner bespricht sodann die Zollbehandlung seiner Lederwaren in Rußland.

Die Resolution Lenzmann auf Schaffung einer Reichsauskunftsstelle ist indessen schriftlich fixiert worden. Sie lehnt sich in ihrem ersten Teil an die entsprechende Resolution Hammacher an mit dem Unterschied, daß sie eine Reichsbehörde fordert und einen Reichszollgerichtshof zur Entscheidung von Zollstreitigkeiten will.

Abg. Hammacher (natl.): Das Bedenken der Ausschaltung des Bundesrates, das der Staatssekretär geltend gemacht hat, ist unzutreffend. Der Bundesrat hat schon jetzt ein gewisses Kontrollrecht gegenüber den Entscheidungen der Einzelstaaten. Grundsätzlich gebe ich dem Antrag Lenzmann den Vorzug; ich halte ihn aber nach der gegenwärtigen Lage der Dinge für einen Schlag ins Wasser.

Abg. Lieber (Ctr.) wird mit seinen politischen Freunden für den Antrag Hammacher stimmen, dessen zweiter Teil keine wesentlichen Bedenken errege. Redner geht sodann auf die Angriffe ein, die im Abgeordnetenhause gegen die Reichsfinanzpolitik und besonders gegen die Politik des Centrums gerichtet wurden. Er erkennt den einzelstaatlichen Vertretern nicht das Recht zu, zu Gericht zu sitzen über die Politik des Reichstages oder einzelner Parteien im Reichstage. Was die Stellung des Centrums zur Finanzlage des Reiches angehe, so sei es bei der schweren Belastung des gegenwärtigen Schuldtitels und bei der Unsicherheit, ob die günstige Lage anhalten werde, nötig, daß entweder eine sofortige Entlastung des Schuldtitels im vorliegenden Etat erfolge oder aber die Sicherstellung einer erheblichen Schuldentilgung aus rechnungsmäßigen Ueberschüssen festgesetzt werde. Das Centrum wird auf die Fortbildung der von ihm eingeleiteten Schuldentilgungspolitik im Reichstage unter keinen Umständen verzichten. Das Centrum werde ebensowenig die Bewilligung neuer Steuern im Reiche seinerseits in Aussicht stellen. Im Extraordinarium fänden sich Posten, die in's Ordinarium gehören. Hierdurch würde nur das latente Defizit verschleiert. Auf keinen Fall dürfe geduldet werden, daß bei günstiger Lage der Finanzen die Matrikularbeiträge herabgesetzt würden. Die Klausula Franckenstein sei niemals als Petrefakt gedacht und darum stehe auch das Centrum nicht im Gegensatz zu derselben. Was hätte sich weiter von der Klausula Franckenstein entfernt, die Politik des Centrums oder die des preußischen Finanzministers? Das Centrum wird einen Antrag bezüglich weiterer Schuldentilgung einzubringen sich vorbehalten, wenn nicht die Regierung selbst hierin vorangehen will. Schon ständen wieder verschiedene Nachtragsetats in Aussicht. Das sei weder richtig noch übersichtlich.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Daß der preußische Finanzminister dem Centrum bezüglich der Fortbildung der Klausula Franckenstein einen Vorwurf gemacht haben soll, beruht meiner Ansicht nach auf einem Mißverständnis, denn derselbe stehe auf dem Standpunkte, daß man bei den steigenden Forderungen des Reiches die Ueberweisungen modifizieren müsse, so daß sich die Ueberweisungen und Matrikularbeiträge decken. Ebenso glaube ich versichern zu können, daß der preußische Finanzminister auf dem Standpunkte steht, daß in der Schuldentilgung fortgefahren werden muß. Wenn die Regierungen auch nicht mehr an Ueberweisungen erhalten sollen, so müssen sie doch andererseits dagegen geschützt werden, daß sie nicht etwa in Zukunft mehr an Matrikularbeiträgen zahlen müssen, als ihnen an Ueberweisungen zugeht. Dem Bundesrate liegt ein Gesetzentwurf vor, welcher ungefähr von diesem Standpunkt ausgeht. Ich hoffe, daß sich der Bundesrat über diesen Gesetzentwurf einigen wird und daß derselbe dem Hause demnächst zugehen kann.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) hofft auf eine Verständigung über die Finanzpolitik unter formeller Beibehaltung der Klausula Franckenstein. (Bravo.)

Abg. Limburg-Stirum (kons.) hofft ebenfalls, daß sich mit der Zeit zwischen den Parteien eine Einigung über die Regelung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten erzielen lassen werde. Unrichtig sei, daß immer Preußen hierbei vorgezogen werde. Dies könne sich in schlechten Jahren am ehesten helfen. Gerade die kleinen Staaten müßten gegen Zufälle sichergestellt werden. Es müsse eine feste Form hergestellt werden zur Regelung der Ueberweisungen und Beiträge im Interesse der Sparsamkeit und im Interesse des föderativen Charakters des Reiches.

Abg. Enneccerus meint, die Anhäufung der Schuld sei gerade eine Folge der Klausula Franckenstein.

Eingegangen ist die Interpellation Hahn wegen der Fischereidampfer. Weiterberatung morgen 1 Uhr. Interpellation Hahn. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 19. Januar. Das Staatsministerium hielt heute Vormittag um 10 Uhr im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitze Hohenlohe's eine Sitzung ab. — Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, ist heute Abend 6¼ Uhr nach Dresden abgereist.

* **Berlin,** 19. Jan. Der Reichstagswirt, der bekanntlich durch das grandiose Sitzungs-Schwänzen der Herren Reichstagsabgeordneten in Schaden gekommen ist, hat nun auf Beschluß des Vorstands des Reichstags doch eine Subvention zugesichert erhalten, aber nicht unter der Form, daß dieselbe den wenigen bei ihm sich stärkenden Reichstagsmitgliedern im billigen Preis der Speisen zu gute kommen soll, sondern zum Zweck besserer Bezahlung und Beköstigung der Kellner und zahlreichen Diener, die sich durch die Umstände veranlaßt sehen, im Hause zu essen. Der Wirt hat übrigens nicht bloß eine Subvention, sondern dazu gleich auch die Kündigung des bestehenden Restaurationsvertrags erhalten. — Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß die „Köln. Ztg." kürzlich eine gar nicht uninteressante Statistik über das unentschuldigte Fehlen von Reichstagsmitgliedern veröffentlicht hat, soweit es sich bei namentlichen Abstimmungen feststellen läßt. Wir kommen auf dieselbe noch zurück und teilen vorerst nur mit, daß es in dem Aufsatz heißt: „Wenn die Reichstagsmitglieder in der Art, wie wir es versucht haben, auf ihre Teilnahme an Sitzungen hin gemustert werden, so brauchen die Nationalliberalen eine eingehende strenge Untersuchung nicht zu scheuen. Sie können mit Genugthuung behaupten, daß sie in jener Hinsicht allen anderen Parteien mit gutem Beispiel vorangehen. Möchten die Herren Wähler dies im Jahre 1898 wohl beherzigen."

Ausland.

Italien.

* **Rom,** 18. Jan. Im Senat hob Schatzminister Luzzatti, in Uebereinstimmung mit dem Berichterstatter über das Budget, die gute, solide Finanzlage Italiens hervor und führte aus, daß es ebenso wie im vorigen Finanzjahre auch im Voranschlage für das nächste Jahr gelungen sei, durch die wirklichen Einnahmen die wirklichen Ausgaben und auch die erheblich herabgeminderten Kosten für Eisenbahnbau zu decken, ohne zu irgend welcher Anleihe Zuflucht nehmen zu müssen. (Beifall.)

England.

* **London,** 19. Jan. In der Thronrede, mit welcher heute das Parlament eröffnet wurde, heißt es zunächst, daß die Beziehungen zu allen Mächten fortgesetzt freundliche sind. Die Rede erwähnt dann die in Konstantinopel und an anderen Orten des ottomanischen Reiches vorgekommenen furchtbaren Metzeleien, welche die besondere Aufmerksamkeit der Mächte, die den Pariser Vertrag unterzeichnet haben, herausgefordert hätten. Dem Parlamente würden Dokumente vorgelegt werden, in welchen die Erwägungen dargelegt seien, welche die Mächte veranlaßt hätten, die gegenwärtige Lage der Türkei zum Gegenstande besonderer Beratungen ihrer Vertreter in Konstantinopel zu machen. Die Konferenzen der sechs Botschafter würden noch fortgesetzt. Die mit Genehmigung und Unterstützung der Königin unternommene Aktion des Khedive gegen den Kalifen sei bis jetzt durchaus erfolgreich gewesen. Die von britischen Offizieren und Truppen unterstützten Streitkräfte des Khedive hätten die fruchtbare Provinz Dongola der Civilisation durch Operationen zurückerobert, welche mit bemerkenswerter Geschicklichkeit ausgeführt worden seien. Der Weg für ein weiteres Vorgehen, wenn immer ein solches für wünschenswert erachtet werde, stehe offen. Die britische Regierung habe mit den Vereinigten Staaten, die als Freunde Venezuelas handeln, darüber beraten, den Streit zwischen Venezuela und Britisch-Guyana schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterbreiten. Es sei mit Venezuela ein Abkommen erzielt worden, welches, wie die Königin zuversichtlich hofft, eine Beilegung der Streitigkeiten herbeiführen werde, ohne die Interessen der Kolonisten, welche Rechte in den strittigen Gebieten erworben hätten, zu gefährden. Die Königin spricht sodann ihre Befriedigung aus über den Abschluß des Allgemeinen Schiedsvertrages mit den Vereinigten Staaten zur friedlichen Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten, die zwischen beiden Staaten eintreten, und giebt der Hoffnung Ausdruck, dieses Abkommen möge noch weiteren Wert dadurch erlangen, daß es anderen Mächten nahe lege, dieses Prinzip in Erwägung zu ziehen, durch welches die Gefahr eines Krieges bedeutend abgeschwächt werde. Die Thronrede teilt ferner mit, daß der Aufstand im Matabele- und Maschonaland unterdrückt sei. Ferner erwähnt die Thronrede die gedrückte Lage der Zuckerindustrie in den westindischen Kolonien und kündigt die Einsetzung einer Kommission an, welche diese Lage untersuchen soll. Weiterhin heißt es: Die Königin hege tiefes Mitgefühl mit den durch die Hungersnot in Indien Betroffenen. Die indische Regierung mache alle Anstrengungen, um das Elend zu mildern. Auch die Pest sei in Bombay und Karachi aufgetreten und trotz der Vorsichtsmaßregeln lägen noch keine Anzeichen für eine Abnahme der Seuche vor. Die indische Regierung sei angewiesen worden, die kräftigsten Maßregeln zur Bekämpfung der Seuche zu treffen. Betreffs des Budgets heißt es in der Rede, daß, während die Regierung ängstlich bestrebt sei, jede unnötige Ausgabe zu vermeiden, die gegenwärtige Weltlage es dem Parlament nicht gestatten werde, eine kluge Fürsorge für die Verteidigungsmittel des Reichs außer Acht zu lassen. Schließlich kündigt die Thronrede folgende Gesetzesvorlagen an betr. die Förderung des Elementarunterrichts, betr. die Entschädigung der Arbeiter bei Unfällen, betr. die Vermehrung der militärischen Verteidigungsmittel des Reiches, betr. Errichtung eines Landwirtschaftsamts für Irland, eine Novelle zu dem Gesetze über die Aktiengesellschaften und schließlich eine Bill betr. das Verbot der Einfuhr in Gefängnissen anderer Länder hergestellter Waren.

* **London,** 19. Jan. Die zum Studium der technischen Ausbildung nach Deutschland entsandte Kommission veröffentlicht einen Bericht, in dem es heißt: Es bestehe kein Zweifel, daß in gewissen Industrien die britische Ueberlegenheit ernstlich gefährdet sei, indem Deutschland gewaltige Fortschritte mache, besonders in den Industriezweigen, in denen es eines größeren chemischen oder technischen Wissens bedürfe.

Amerika.

* **Cuba,** 19. Jan. Nach einer Depesche aus Havana griff eine Bande im Weichbilde von Havana einen Eisenbahnzug an, plünderte die Reisenden und nahm 10 Offiziere fest, von denen 9 wieder freigelassen wurden; der zehnte wurde erschossen, weil er aus Cuba gebürtig war. Der „Imparcial" macht dem General Weyler wegen dieses Vorfalles, der sich vor den Thoren von Havana ereignete, heftige Vorwürfe. — Ein amerikanisches Telegramm aus Havana bringt folgende, Aufsehen erregende und ihres Ursprungs wegen wohl der Bestätigung bedürftige Meldung: Im Flusse Canto (Provinz Santiago de Cuba) ist das Kanonenboot Relampago durch einen Torpedo zerstört worden und gesunken. Ein Teil der Mannschaft wurde von dem Kanonenboot Centinela gerettet. Beinahe alle an Bord beider Kanonenboote befindlichen Mannschaften, einschließlich der Kapitäne, sind verwundet.

Afrika.

* **Tanger,** 19. Jan. Der Sultan von Marokko entsandte einen angesehenen Scheich in Begleitung von 40 Berittenen nach Tanger. Gerüchtweise verlautet, der Scheich solle einen Pascha verhaften, den der Sultan für die Ermordung des deutschen Kaufmannes Haeßner verantwortlich macht.

Baden und Nachbarländer.

* **Karlsruhe,** 20. Jan. Daß die Fürstenbergische Erbschaftsangelegenheit und verschiedenes andere nicht zum Gegenstand einer Interpellation der 2. Kammer gemacht wurde, ist nicht nach dem Geschmack des „Volksfreund", der in dieser Beziehung Vorwürfe erhebt, die selbstverständlich in erster Linie seine sozialdemokratischen Parteigenossen in der 2. Kammer treffen würden, falls sie berechtigt wären. Das sind sie aber nicht. Die Frage der Erbschaftsaccise wird auf Grund der rechtlichen Bestimmungen entschieden werden und bis ein solcher Entscheid vorliegt, ist gar kein Anlaß zu irgend welcher Erörterung in den heiligen Hallen der Volksvertretung vorhanden. Man weiß es überhaupt den Ständen Dank, daß sie sich auf die Erledigung der ihnen von der Regierung gemachten Vorlage beschränkt und von zweck- und fruchtlosen Debatten abgesehen haben, die allerdings nicht ausgeblieben wären, wenn es nach den Andeutungen in gewissen ultramontanen und sozialdemokratischen Blättern gegangen wäre.

⊙ **Mannheim,** 19. Jan. Heute fand eine Sitzung des Bürgerausschusses statt. Der einzige wichtige Gegenstand handelte von dem Ankauf der hiesigen Kasernen und sonstigen militärischen Gebäuden durch die Stadt. Die von dem Stadtrat dem Bürgerausschusse unterbreitete bezügliche Vorlage fand nur wenig Widerspruch und wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Kaufpreis, der früher 2 246 731 M. betrug, ist auf Grund neuerlicher Verhandlungen auf 1 954 658 M. herabgesetzt worden. Bedingung des Kaufes ist, daß die Militärbehörde in der Gemarkung Mannheim neue Kasernen erbaut, welche mindestens für eine Garnison in der jetzigen Stärke genügen. Es kosten: die Rheinthorkaserne 433 675 M., die Zeughauskaserne 376 772 M., der Zeughausplatz 65 280 M., die Dragonerkaserne 458 944 M., das Proviantamtsgebäude 162 800 M., die kleine Kaserne 18 869 M., die Dragonerstallungen 307 528 M., der Prinzenstall 6200 M., der Krankenstall 17 670 M., das Spreumagazin mit Holz- und Kohlenhof 106 920 M. Diese Gebäude kommen erst dann in den Besitz der Stadt, wenn die neuen Kasernen erstellt sind.

Heidelberg, 19. Jan. Die Bombe, die die Opposition für die morgen beginnenden städtischen Wahlen so lange in heimlicher Bereitschaft gehalten hat, ist nun geplatzt. Als ihr Inhalt erweist sich ein gemeinsamer Wahlvorschlag von Centrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Die Andeutung des ultr. „N. Mannh. Volksbl.", die der „Pfälzer Bote" bis gestern nicht hat gelten lassen, hat sich also doch bestätigt. In den Kreisen der liberalen Bürgerschaft und auch bei manchem einsichtigen Centrumsmann herrscht Entrüstung über dieses gewissenlose Vorgehen von bürgerlichen Parteien, die sich nicht scheuen, mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache zu machen. Hoffentlich wirkt diese Entrüstung belebend auf die Teilnehmer an der Wahl, die sich bisher immer unter schwacher Beteiligung — im Jahre 1894 waren es 29 Prozent — vollzogen hat. Stehen die liberalen Bürger morgen fest und energisch zusammen, so ist ihnen der Sieg, allen Anstrengungen der vereinigten Oppositionsparteien zum Trotz, sicher.

△ **Rappenau,** 19. Jan. Zu Ehren des von hier nach Karlsruhe versetzten Salinebuchhalters Maier, der in das Kontrollbureau der Domänendirektion berufen wurde, versammelte sich gestern Abend im Gasthaus zum Deutschen Kaiser eine stattliche Anzahl von Freunden des Scheidenden, um ihm die besten Wünsche mit auf den Weg zu geben.

Zur Wahlbewegung.

* **Karlsruhe,** 19. Jan. Die Art und Weise, wie die ultr. Presse den Wahlkampf mit persönlicher Verunglimpfung des lib. Kandidaten führt, ist eine Schmach für das ganze Centrum. Das „Vill. Volksbl.", das zu Beginn versprochen hatte, „es werde den Wahlkampf mit aller Ruhe und Sachlichkeit führen" und das es „als gemeine Lüge bezeichnete", als man ihm sagte, „es betreibe persönliche Hetze gegen den liberalen Kandidaten", läßt sich neuestens von Zurtwangen schreiben: „Man munkelt hier, daß Herr Dr. Merz die Kandidatur nur gezwungen angenommen und froh sei, nicht gewählt zu werden, wir wollen deshalb zur Erfüllung seines geheimen Wunsches möglichst beitragen." Das ist der direkte Vorwurf niedrigster Heuchelei und elender Verraterei an der eigenen Partei. Der Vorwurf ist um so gemeiner, nachdem sich Herr Dr. Merz in Donaueschingen sehr klar darüber ausgesprochen hat, wie ernst er es mit der Kandidatur sowohl als mit den Pflichten eines Abgeordneten nimmt. „Ob ich, sagte Herr Dr. Merz, als Besiegter oder Sieger aus der Wahlurne hervorgehen werde, ich habe jedenfalls die Genugthuung, mich dem Vaterland zur Verfügung gestellt zu haben, ich werde mich ohne Verbitterung wieder in meinen bescheidenen Wirkungskreis zurückziehen, in dem Gefühle, meine Pflicht gethan zu haben. Sollte ich indessen als Sieger aus der Urne hervorgehen, so muß ich Ihnen nochmals betonen, daß ich meine letzte Kraft einsetzen werde, um meinem Wahlkreise so zu dienen, daß, wenn ich nach einem Jahre mein Mandat niederzulegen habe, ich es ungekürzt und ungeschmälert in Ihre Hände zurücklegen kann." So spricht ein ehrlicher, pflichtbewußter Mann! Denjenigen zu charakterisieren, der einem solchen Mann den oben bezeichneten Vorwurf zu machen sich nicht scheut, können wir getrost den Wählern im 2. Reichstagswahlkreis überlassen.

⊙ **Aus dem 2. bad. Reichstagswahlkreis,** 19. Jan. Da schon verschiedenemale von der Stellungnahme der konservativen Partei bei der bevorstehenden Wahl in der „Bad. Landesztg." die Rede war, möchte ich Ihnen berichten, daß auf der gestern in St. Georgen stattgehabten Wahlversammlung, in der unser Kandidat, Herr Dr. Merz, sich den Wählern vorstellte, ein angesehener konservativer Redner seine Parteigenossen aufgefordert hat, geschlossen für Herrn Dr. Merz zu stimmen. Verschiedene andere, derselben Partei angehörige Wähler haben sich im Laufe der Unterhaltung in gleichem Sinne geäußert. Die Versammlung, welche außerordentlich stark besucht war, nahm einen glänzenden Verlauf, und es herrschte einmütige Begeisterung für unsern Kandidaten.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 20. Jan.

= **Hofbericht.** Montag Abend von 8 Uhr ab wurde in den Räumen des Großherzoglichen Schlosses hier ein großer Hofball abgehalten, bei welchem der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin JJ. KK. HH. den Großherzog und die Großherzogin vertraten. Prinz Karl war anwesend und von auswärts waren Prinz und Prinzessin Wilhelm von Sachsen-Weimar mit Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar, sowie Prinz Max zu Schaumburg-Lippe erschienen. Es waren gegen 800 Einladungen an Angehörige der hiesigen Gesellschaft und auswärtige Gäste ergangen; auch die Mitglieder beider Kammern der Landstände waren geladen. Der Tanz fand im Marmorsaal und im Musiksaal statt. Um 11 Uhr wurde in der oberen und unteren Galerie und in anderen Sälen gespeist. Das Fest dauerte bis nach zwei Uhr.

= **In der gestrigen Bürgerausschuß-Sitzung,** zu deren Beginn Herr Oberbürgermeister Schnetzler dem verstorbenen Oberbürgermeister Malsch einen warmen Nachruf widmete, wurden sämtliche Vorlagen angenommen. Den Bericht müssen wir Raummangels wegen für das II. Blatt zurücklegen.

= **Ein interessanter Rechtsstreit** ist gestern vor dem Verwaltungsgerichtshof hier verhandelt worden. Es handelt sich um die Fischereiberechtigung im Titisee. Die Frage ist seit Anfang des Jahrhunderts unter den Beteiligten streitig geblieben und soll jetzt zum richterlichen Austrag gebracht werden, nachdem sowohl das Fischereirecht selbst als die Verwertung der Wasserkräfte aus dem Titisee eine besondere praktische Bedeutung gewonnen haben. Es hat deshalb die Großh. Domänendirektion als Vertreterin des Domänenfiskus, davon ausgehend, daß der Titisee im Sinne des Wassergesetzes ein öffentliches Gewässer sei, gegen die fürstl. fürstenbergische Standesherrschaft eine Klage auf Anerkennung des staatlichen Fischereirechts im Titisee erhoben und zwar zunächst bei der ersten verwaltungsgerichtlichen Instanz, beim Bezirksamt Neustadt. Die Standesherrschaft trat der Klage entgegen, indem sie aus alten Urkunden den Nachweis zu erbringen suchte, daß wenigstens ⅔ des Titisees Privateigentum der Standesherrschaft seien. Die Großh. Staatsbehörde veranlaßte die Beiladung der 3 Gemeinden Hinterzarten, Vierthäler und Saig zum Rechtsstreit, indem sie für den Fall, daß dem Staat das Fischereirecht nicht zustehe, die 3 Gemeinden, zu deren Gemarkung der Titisee gehört, nach den Bestimmungen des Fischereigesetzes als fischereiberechtigt anerkennt. Vom Bezirksrat Neustadt wurde ein Urteil dahin gefällt, daß dem Staat ein Fischereirecht nicht zustehe, weil der Titisee weder als ein schiff- oder floßbares Gewässer im Sinne des Wassergesetzes zur Zeit der Erlassung des letzteren (1. Jan. 1877) benützt wurde.

Hause! Die Komödie ist aus!" Dann wurde er wieder ohnmächtig. Nun liegt er zwischen Leben und Tod im Comitatshospital. Ueber die Motive des Selbstmordversuchs wird verschiedenes gemeldet. Die einen behaupten, Balla sei unheilbar herzleidend gewesen und habe sich schon seit langem einen „schönen" Tod gewünscht. Nach anderer Quelle war Balla unglücklich verliebt und infolge dessen lebensüberdrüssig gewesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

noch auch in den letzten 25 Jahren vor Erlassung des Wassergesetzes von der zuständigen Staatsbehörde für ein öffentliches Gewässer erklärt worden sei. Nur wenn die eine oder andere dieser Voraussetzungen vorliegt, gilt nach dem Wassergesetz ein Gewässer als „öffentliches", am welchem dem Staate auch das Fischereirecht zusteht. Ueber den Anspruch der fürstl. fürstenbergischen Standesherrschaft auf Zuerkennung des privaten Eigentums am Titisee hatte der Bezirksrat Neustadt keine Veranlassung, eine ausdrückliche Entscheidung zu geben, weil die Standesherrschaft diesen ihren privatrechtlichen Anspruch der Entscheidung der Civilgerichte zu unterstellen erklärte. Dagegen hat der Bezirksrat unter Würdigung der von der Standesherrschaft beigebrachten Urkunden sich in den Entscheidungsgründen zu seinem Urteil dahin ausgesprochen, daß die betr. urkundlichen Rechtstitel der Standesherrschaft nicht geeignet seien, den Beweis der Erwerbung von Privateigentum am Titisee zu begründen; insbesondere gehe aus einem von der Standesherrschaft vorzugsweise betonten Kaufvertrag aus dem Jahre 1491, in dem sie die Herrschaft Lenzkirch erwarb, nur hervor, daß damals von der souveränen Herrschaft Hoheitsrechte am Titisee, nicht aber private Eigentumsrechte erworben worden seien. Gegen die Entscheidung des Bezirksrats Neustadt ist nun von der Großh. Domänendirektion an den Verwaltungsgerichtshof Berufung ergriffen worden, über die gestern verhandelt wurde. Die Domänendirektion war dabei durch den Geh. Finanzrat Wirth, die fürstl. fürstenbergische Standesherrschaft durch den Kammerrat und Rechtsanwalt Pfeifer in Donaueschingen, und die 3 beigeladenen Gemeinden durch Rechtsanwalt Dr. Binz vertreten. Die Entscheidung des Gerichtshofs wird in der Sitzung der nächsten Woche bekannt gegeben werden. Sofern der Verwaltungsgerichtshof mit dem Bezirksrat, wie nach dem Gang der Verhandlung wohl anzunehmen ist, gleichfalls zu dem Ergebnis gelangt, daß der Titisee nicht als öffentliches Gewässer im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei, wird das Fischereirecht wohl den beteiligten Gemarkungsgemeinden zugesprochen werden. Dies ist auch von dem Vertreter der Großh. Domänendirektion in der Verhandlung für den bezeichneten Fall anerkannt worden.

= **Der Eisenbahnreformverein** entfaltet zur Zeit eine emsige Agitation. Nachdem erst vor wenigen Tagen Rechtsanwalt Frühauf im Gewerbeverein über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Eisenbahnreform gesprochen, wurde dasselbe Thema gestern Abend in einer allgemeinen Volksversammlung, die durch große Plakate in den Saal des „Deutschen Hofs" entboten war, von dem Vorstand des hiesigen Eisenbahnreformvereins, Professor Böthlingk behandelt. Der Versammlung wurde folgende Resolution zur Annahme vorgeschlagen:

Im Interesse des Verkehrs und damit der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Gesamtheit wie auch im Interesse der Staatskasse erscheint es dringend geboten, auf den badischen Staatsbahnen:

1) die 3. Klasse, ähnlich wie dies bereits in Württemberg geschehen, in sämtliche Schnellzüge einzustellen;

2) den Schnellzugszuschlag nicht nur für die Inhaber eines Kilometerhefts zu beseitigen, sondern wie thatsächlich auf der Strecke Basel—Konstanz bereits der Fall, für alle Fahrkarten in Wegfall kommen zu lassen;

3) Für die Kilometerhefte 3. Klasse nur 20 M. zu erheben und Hefte auch mit 500 m auszugeben. Dies alles erheischt nicht nur die Volkswohlfahrt, sondern in Anbetracht der herrschenden Privilegien auf den Staatsbahnen die Schaffung einer Reform, welche den wirtschaftlich Schwachen zu Hilfe kommt, schon aus Gründen elementarer Gerechtigkeit.

Die Resolution wurde von der stark besuchten Versammlung einstimmig angenommen.

= **Das Prädikat „Hoflieferant"** wurde von S. K. H. dem Großherzog dem Weinhändler Hermann Blankenhorn, in Firma Weingroßhandlung Hermann Blankenhorn in Müllheim verliehen.

□ **Unglücksfall.** Montag Abend zwischen 8 und 9 Uhr ist der 36 Jahre alte verheiratete Zimmer- und Fuhrmann Christian Wanner aus Nußbaum, Schützenstraße 39 wohnhaft, bei Zimmermeister Schottmüller hier in Stellung, auf der Straße zwischen Rüppurr und Karlsruhe in total betrunkenem Zustande unter sein Fuhrwerk gekommen und hat derartige schwere Verletzungen davon getragen, daß er in das städt. Krankenhaus mittelst Fuhrwerk verbracht wurde, woselbst er gestern Vormittag ½11 Uhr an den Verletzungen gestorben ist.

Durlach, 20. Jan. Auch bei der gestern vorgenommenen Ergänzungswahl der 3. Klasse des Bürgerausschusses ging die Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratische mit 40 Stimmen Mehrheit durch. Stimmenverhältnis 237 gegen 196.

* **Durlach**, 17. Jan. Der Dienstaustritt des Herrn Ratschreiber Siegrist hat heute im Rathaus hier eine feierliche Kundgebung von seiten des Gemeinderates veranlaßt. Um ½12 Uhr versammelten sich die Mitglieder des letzteren, sowie alle Rat- wie Kanzleibediensteten, welchen sich der Großh. Bezirksbeamte angeschlossen hatte, um dienstlichen Abschied zu nehmen. Es war kein einfacher Moment, von einem nahezu 48 Jahre thätigen Beamten der hiesigen Stadtverwaltung scheiden zu müssen, welcher sich die Dankbarkeit durch Rat und That in so hohem Maße verdient hat. Als sinniges Andenken widmete der Gemeinderat eine in Kupferbronze ausgeführte Reiterstatue Kaiser Wilhelms II., um gleichzeitig damit des Scheidenden allezeit vaterländisch warmes Herz zu bezeichnen. (D. Wchbl.)

Rechtspflege.

△ **Offenburg**, 19. Jan. (Schwurgericht.) Taglöhner Mathias Kopp von Langenschiltach wurde wegen räuberischer Erpressung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Taglöhner Johann Röck von Reichenbach (A. Gengenbach) erhielt wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahnzugs 1 Jahr Gefängnis. Röck hatte, um dem Bahnwärter einen Schabernak zu spielen, eine Bahnschwelle auf das Geleise gelegt, welche aber noch rechtzeitig bemerkt und entfernt wurde.

✝ **Konstanz**, 18. Jan. (Schwurgericht.) In der Nachmittagssitzung hatte sich die 20 Jahre alte, ledige Dienstmagd Franziska Schaaf von Bräunlingen, früher Zimmermädchen in einem Hotel in Villingen, wegen Kindestötung zu verantworten. Die Einzelheiten der Verhandlung entziehen sich der öffentlichen Berichterstattung. Die Geschworenen bejahten die Frage auf Kindsmord und diejenige nach mildernden Umständen, worauf die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren abzüglich 4 Monate erlittener Untersuchungshaft verurteilt wurde.

Handel und Verkehr.

* **Mannheim**, 19. Jan. (Effektenbörse.) An der heutigen Börse gingen um: Badische Brauerei-Vorzugs-Aktien zu 132 Proz., Brauerei Eichbaum-Aktien zu 170 Proz. Gesucht waren: Gewerbebank Speyer-Aktien zu 127½ Proz., Badische Brauerei Stamm-Aktien zu 76 Proz., Elefantenbräu (Rühl) Worms zu 112½ Proz. Sonst notieren: Brauerei Schwetzingen 94¾ Proz. Bf., Hüttenheimer Spinnerei 108 Proz. Bf.

* Frankfurt a. Main, 19. Januar. Abend-Börse. Kreditaktien 317⅜ b. Diskonto-Kommandit 210.90 b. Handelsgesellschaft 163.25 b. Nationalbank 147.10 b. Dresdener Bank 160.70 b. Deutsche Bank 197.40 b. Darmstädter Bank 160.90 b. Banque ottomane 110.30 b. Lombarden 80¼, 80 b. Gotthard 167.80 b. Central 141.60 b. Nordost 136.10 b. Union 98.50, 80 b. Jura-Simplon 98.50 b. Bank für electr. Untern. 117.20 b. Schuckert 276 b. Veloce 122.10 b., do. Pr.-A. 122.70 b. Harpener 182.30 b. Packetfahrt 136.70 b. Wesel 118.50 b. Gelsenkirchen Gußstahl 132 b. Bochumer 166.25 b. Edison 257.50 b. Italiener 91.70 b. Argentiner 56.70 b. April-Rente 87 b. Juli-Rente 87.10 b. Türken D 21.45 b. cpt. Mexikaner 26.40 b., 5proz. do. 86 b. Kurse von 6¼—6½ Uhr. Harpener 182.10. Türkenlose 34.05.

* Frankfurt a. M., 19. Jan. (Börsenbericht.) Die heute erfolgte Herabsetzung des Bankdiskontos um ein volles Prozent hat dem Markte keine Anregung geboten, vielmehr war das Geschäft wieder recht ruhig, die Grundtendenz des Marktes war aber fest. Bevorzugt wurden heute schweizerische Eisenbahnaktien, für die von Berlin aus Stimmung gemacht wurde. Man sprengte günstige Dividendengerüchte aus und führte ferner ins Feld, daß die starke Steigerung der Ausgaben bei der Gotthardbahn im Monat Dezember nur dadurch veranlaßt worden ist, daß die Kosten für die Beförderung der Getreidesendungen in die Lagerhäuser sofort verrechnet werden, während die Einnahmen erst bei der Reexpedition zur Verrechnung kommen; man erwartet deshalb von den anderen Bahnen auch für den Dezember bessere Ausweise. Fest lagen ferner Montanpapiere, doch waren die Umsätze darin gering, ebenso wie in Bankaktien. Auf dem Fondsmarkt waren Türken begünstigt. Privatdepeschen besagten, daß die Dezembereinnahmen für die türkische Staatsschuld über die vorjährigen um mindestens 22 Proz. hinausgehen, ferner wollte man aber auch wissen, daß dem deutschen Beamten im Zolldepartement, Bertram Effendi, das Finanzportefeuille übertragen werden solle. Geld war etwas leichter. (F. J.)

* Berlin, 19. Januar. (Getreidehandel im Berliner Feen-Palast.) Privat-Notierungen. Weizen per Mai 177.—. Roggen per Mai 128.50. Hafer per Mai 131.—. Weizenmehl hier —.—. Roggenmehl per Mai 17.20. Wetter: Frost. — Rüböl hier 56.80, per Mai —.—, per Sept. 56.60. Spiritus, 50er hier —.—, 70er hier 38.70, per Mai 43.60, per Sept. 44.60. Petroleum hier 21.—.

* Hamburg, 19. Jan. Kaffee good average Santos. Schlußkurse, für März 53— Pf., für Mai 53¼ Pf.

* Breslau, 19. Jan. Spiritus, excl. 50 Mk. Verbrauchs-Abgabe, für Jan. 55.50, do. 70er für Jan. 36.—.

* Paris, 19. Jan. Rüböl per Januar 57.25, per Februar 57.50, per März-April 58.—, per Mai-Aug. 59.—. Beh. Spiritus per Januar 32.25, per Mai-Aug. 33.75. Still. Zucker, weißer, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Januar 26.30, per Mai-Aug. 27.60. Matt. Mehl, 8 Marq., per Januar 48.30, per Februar 48.50, per März-Juni 49.—, per Mai-August 49.40. Still. Weizen per Januar 22.90 per Februar 23.10, per März-Juni 23.60, per Mai-August 24.10. Still. Roggen per Januar 14.90, per Februar 15.10, per März-Juni 15.25, per Mai-Aug. 14.75. Beh. Talg 56.50. Wetter: Bedeckt.

* New-York, 14. Jan. 5 Uhr Nachm. Atchison Topeka und Santa Fé Sh. 14½, Canada Pacific Sh. 56—, Central Pacific Sh. 13¼, Chicago Milw. u. St. Paul Sh. 77—, Denver u. Rio Grande Pref. 43¼, Louisville u. Nashville Sh. 52¼, New-York Lake Erie Sh. 15⅛, New-York Central Sh. 94⅞, Northern Pacific pref. Sh. 34—, Silber 64¾. Tend.: anf. nachgebend, später befestigt, Schluß rückgängig.

* New-York, 19. Jan. Weizen: Jan. 88⅞, Febr. 89¾, März —, Mai 86—, Juli 82¾, Sept. —, Dez. —, Jan. 28½, Febr. —, März —, Mai —, Juli 30—, Sept. 31—. Tendenz: Weizen anf. fallend, später gebessert, Schluß wieder nachgebend.

* Chicago, 19. Jan. Jan. 77⅛, Mai 79½, Juli 75⅝, Dez. 22⅛, Jan. 24⅛, Mai 25¼.

---

* Berlin, 19. Jan. Die Kaiser-Brauerei-Aktiengesellschaft in Charlottenburg hat in ihrer heutigen Aufsichtsratssitzung beschlossen, der am 20. Februar einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 7 Proz. (gegen 6 Proz. im Jahre 95) vorzuschlagen.

Drahtberichte.

w **Berlin**, 20. Jan. Die nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses veranstalteten gestern Abend im Kaiserhof ein Festmahl zu Ehren der Abgg. von Marquardsen, der unlängst das 70., und Seer, der das 80. Lebensjahr vollendet hat. Es nahmen etwa 100 Abgeordnete daran teil. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Krause, brachte das Hoch auf den Kaiser aus, v. Bennigsen toastete auf v. Marquardsen und Hobrecht auf Seer.

w **Berlin**, 20. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages erledigte gestern den Rest des Extraordinariums der Postverwaltung. Beim Etat des Reichseisenbahnamtes wurde auf eine Erhöhung des Voranschlages der Einnahmen nach längerer Debatte verzichtet. Eingehend wurde dann über die Reform der Güter- und Personentarife gesprochen.

w **Berlin**, 20. Jan. Eine von etwa 3000 Bäckereiarbeitern besuchte Protestversammlung nahm eine Resolution an, die mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die Bundesratsverordnung zum Nachteil der Arbeiter abzuändern, protestiert. (Frankf. Ztg.)

w **Hamburg**, 20. Jan. Im Hafen kollidierte gestern der englische Dampfer „Higel" mit dem englischen Vollschiff „Poseidon". Letzteres wurde ziemlich stark, ersterer wenig beschädigt. Ferner kollidierten der englische Dampfer „Frans" mit dem englischen Viermaster „Pirrie." „Frans" lief ein Vollponton an, das er bedeutend beschädigte. Das Schiff selbst litt ebenfalls bedeutend. — Das heute aufgekommene englische Segelschiff „Pirrie", dessen Steuermann gestorben ist und das Erkrankte mit sich führte, wurde sofort der Quarantaine-Absperrung unterzogen. Dem Vernehmen nach soll das Schiff bereits wieder frei gegeben worden sein. — Der „Frankf. Ztg." wird von hier gemeldet, daß infolge der Nachrichten aus Bombay die Kontrolle der ankommenden Schiffe bedeutend verschärft worden ist.

w **Kiel**, 20. Jan. Das „Berl. Tagebl." meldet von hier: Die hiesige Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen „Volksztg.", Luetjen, wegen Beleidigung des preußischen Offizierkorps in einem Artikel über den Fall Brüsewitz zu einem Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate beantragt.

w **München**, 20. Jan. Das Ministerum des Innern hat eine Verordnung an die Kreisregierungen erlassen, daß man durch eine breitere Organisation des Arbeitsnachweises der Arbeitslosigkeit zu begegnen suche.

w **Locarno**, 20. Jan. Staatssekretär Frhr. v. Marschall ist gestern früh nach Basel abgereist.

w **Mailand**, 20. Jan. Der „Frankf. Ztg." wird von hier gemeldet: Während der Verhandlungen über das Scheidungsgesuch der Ehefrau des Obersten der Inf. Fracchia vor dem Turiner Civilgericht, zog Fracchia plötzlich einen Revolver und verwundete seine Frau tödlich. Der Thäter wurde sofort verhaftet.

w **Brüssel**, 20. Jan. Das Antwerpener Blatt „Métropole" meldet auf Grund einer Mitteilung seines Brüsseler Korrespondenten, den es als gut unterrichtet bezeichnet, Baron Dhanis sei auf dem Wege nach dem Oberen Nil aus dem Hinterhalt überfallen und mit 21 Begleitern von Mahdisten ermordet worden. In amtlichen Kreisen war bis gestern keinerlei Nachricht oder Bestätigung dieser Meldung bekannt geworden.

w **London**, 20. Jan. Im Oberhause erkärte in der Adreßdebatte Lord Salisbury, er könne nicht sagen, daß alle Mächte sich verpflichteten, einen Druck auf den Sultan zwecks Rettung der Türkei auszuüben. Seine Ueberzeugung gehe dahin, daß ohne eine Reihe wesentlicher Reformen der Untergang der Türkei nicht lange hinausgeschoben werden könne. Ueber den Schiedsvertrag mit der Union könne er nicht sagen, daß er jeden Krieg beseitigen werde.

w **Petersburg**, 20. Jan. (Von einem bes. Privatkorresp.) Da mit dem Eintritt des Winters in mehreren Fabrikbezirken neue Gährungen in der Arbeiterbevölkerung auftraten, Aufrufe zur Arbeitseinstellung verteilt wurden und dann in mehreren Fabriken in Petersburg und im Innern des Landes wieder Arbeitseinstellungen begonnen haben, hat die Regierungskommission, wie verlautet, ein Statut ausgearbeitet, das die Arbeitszeit am Tage auf 10½, 11½ und 12½ und für die Nacht auf 9 Stunden festsetzt.

w **New-York**, 20. Jan. Die Schiffahrtinteressenten opponieren der Bill des Senators Elkins betr. die Erhebung eines Differentialzolles von 10 Proz. für alle in nicht amerikanischen Schiffen eingeführten Waren. In solchem Falle würden alle Waren über Kanada gehen.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Otto Reuß;
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Lorbach,
beide in Karlsruhe.

Meteorol. Centralstation Stuttgart. Wettervorhersagung.
19. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Nach der Auflösung des flachen Luftwirbels über Hannover sind in Deutschland noch einzelne Störungen zurückgeblieben, welche eine Einflußnahme des über Skandinavien befindlichen Hochdrucks fortgesetzt verhindern und demnach bei uns meist trübes, mäßig kaltes Wetter ohne wesentlichen Niederschlag bringen werden.

Frankfurter Börsenkurse vom 19. Januar 1897.

Staatspapiere.

	In Proz. Pap.	G.
Dtschl. 4 Reichs-Anl. M.	103.90	103.80
„ 3½ „ „	—	103.70
„ 3 „ „	—	98.50
Preußen 4 konf. St.-A. „	—	103.90
„ 3½ „ „ „	103.80	103.70
„ 3 „ „ „	98.90	98.80
Baden 4 Obl. . . . fl.	101.60	101.50
„ 4 dto. . . . M.	—	102.50
„ 4 von 1886 . „	102.90	102.80
„ 3½ v. 1892 u. 94 „	103.40	103.30
Bayern 4 Abl.-R. . fl.	104.30	104.20
„ 4 „ Obl. M.	—	102.70
3½ Fürstl. Isenbg. und Bud.-Birstein v. 1887 „	92.50	—
Hamb. 3½ St.-Rente „	—	105.20
Gr. Hessen 4 Oblig. „	—	102.50
Württ. Obl. 4 v. 75.80 „	—	102.50
„ „ 4 v. 81/83 „	—	102.50
„ „ 4 v. 86u.87 „	—	102.50
„ „ 4 v. 1891 „	—	104.90
„ „ 3½ v. 88u.89 „	—	102.60
„ „ 3½ v. 1893 „	—	102.60
„ „ 3½ v. 1894 „	—	102.60
Finnländ. 4 Obl. v. 82 Rl.	—	—
4 „ „ 86 „	101.00	—
5 Griech. E.-B. v. 90 stfr.	—	—
Italien 5 Rente . Lr.	—	—
„ amrt. v. 80 S. III u. IV	—	88.50
Italiener 3 Rente Lr.	54.90	54.80
Oest. 4 Goldrente . fl.	104.50	104.40
„ 4 E.-B.-St.Sch. i. G.	—	—
„ 5¼ E.-B. Staatssch.	109.90	109.80
„ 4¼ Silber-Rente fl.	—	86.90
„ 4¼ Papierrente fl.	86.70	86.6
„ 5¼ E.-B.-Staatssch.	—	—
Portugiesen 4½ St.-Al.	39.40	39.30
dto. v. 91 (Tab.-Anl.)	—	95.90
dto. 3%	25.80	25.20
Rumänier 5 amort. Rente	—	100.70
Rumän. 4 am. Rt. v. 90	—	89.90
„ 4 „ „ v. 94	87.80	87.70
4 Russ. Staatsr. v. 94	—	66.50
3½ „ Goldanl. v. 94	99.90	99.80
4 „ Cons. v. 80 Rbl.	102.90	102.80
4 „ Goldanl. v. 1889	—	103.80
4 „ Cons. E.-B. S. 1,2,89	—	—
4 „ Goldanl. S. 3 v. 90	—	—
4 „ Cons. E. S. 3 v. 91	—	—
Schweden 3½ v. 80 Rl.	103.00	102.90
„ 3½ v. 90 „	—	—
„ 3½ v. 86 „	—	101.20
„ 3 „ „	—	98.30
Serbien 5 Goldrente	—	—
Span. 4 ausl. v. 1882	—	—
Ungarn 4 Goldrente fl.	104.10	104.00
4 Ungar. Staatsr. Kr	100.40	100.30
4½ „ E.-A. 89 Gold	—	105.20
4½ „ E.-A. 89 Silb.	—	87.00
Argentinier 5 Goldanl.	—	64.40
6% Chinesische Anleih.	—	110.50
5½ „ „	—	104.90
4 Egypt. „ unific.-Obl.	—	95.80
6 Mexiko Anleihe v. 88	95.20	95.10

Provinzial- und Gemeinde-Obligationen.

4 Frankft. a. M. Lit. R.	—	102.40
3 Baden-Bad. v. 1886	95.00	—
3½ Freib. i. B. Obl. 88	—	—
4 Heidelberg v. 1890	—	—
3½ „ v. 1894	—	—
3 Karlsruhe von 1886	—	—
3 „ von 1889	—	96.80
3 „ von 1896	—	97.00
3½ Mannheim v. 1888	—	100.60
3½ „ v. 1895	—	—
5 Stadt Bukarest M.	—	—
5 dto. von 1888 „	—	—
4 dto. Lissabon v. 86	—	—
4 dto. Rom i. G. stl. gr. Serie II—VIII	—	90.10

Vollbezahlte Bank-Aktien.

Deutsche Rchsb. 3½%	—	157.30
Frankfrt. Bank M. 4%	—	177.00
Badische Bank . 4%	—	114.80
Basler Bankverein 5%	—	145.00
Darmstädter Bank 4%	—	160.70
Deutsche Bank . 4%	—	197.90
Deutsche Vereinsb. 4%	—	119.80
Disk.-Komm.-Ant. 4%	—	211.10
Dresdener Bank 4%	—	160.50
Berliner Hdlsges. 4%	163.50	163.40
Natlbk. f. Deutschl. 4%	—	147.30
Wiener Bankverein 5%	—	223½
Mitteld. Kreditbk. 4%	—	117.80
Rheinische Kreditbk. 4%	—	138.00
Pfälzische Bank 4%	—	138.80
Süddeutsche Bank 4%	—	100.50
Württ. Notenbank 4%	—	105.20
„ Vereinsbk. 4%	—	149.00
Oesterr. Ungar. Bk. 5%	—	814.00
„ Kredit-Bk. 5%	—	318½

Industrie-Aktien.

D. Metallpatronenfbr.	—	323.70
Köln-Rottweil. Pulver	—	252.00
Bad. Anil.- u. Soda-F. 5	429.00	—
Bad. Zuckerf. W. 5%	—	60.40
Ettlinger Spinnerei	128.00	—
Farbwerke (Höchst) 5	—	434.50
Karlsr. Maschinenb. 5	—	166.00
Masch.-Fbr. Gritzner	—	206.20
Verein dtsch. Oelfbr. 4	—	99.80
Zellstoff-Ft. Walhof 4	—	228.70

Aktien inländischer Transport-Anstalten.

Hessische Ludwigs 4%	—	118.90
Ludwigsh.-Berbach 4%	—	244.00
Pfälzische Max 4½%	—	154.50
Pfälzische Nord 4%	130.00	128.90
Nordd. Lloyd . 4%	—	—

Aktien ausl. Transp.-Anst.

Oest.-Ung. Staatsb. 5	—	—
Oest. Südb. (Lomb.) 5	—	80⅞
Gotthardb. 500 Fr. 4%	—	168.10
Ital. Mittelm. L. 500 4	—	—
Westsizilian. E.-B. 4%	—	57.70
La Veloce Bzg.-A. 5%	—	123.20
dto. St.-A. 4%	—	—

Prioritäts-Obligationen von Transport-Anstalten.

4 Pfälzische	102.50	102.40
3½ Pfälzische	101.50	101.40
3½ „ conv. .	101.00	100.90
5 Albrecht, steuerfrei	—	96.00
4 Böhm. Nord i. G.	—	100.80
4 Elisabeth, steuerpfl.	—	99.60
4 „ steuerfr.	—	—
4 Franz Josef „	—	85.70
4 Mähr. Grzb. v. 95	—	99.50
5 Oesterr. Nordw. M.	—	115.20
5 dto. Lit. B. fl.	—	94.70
5 Oesterr. Sd.-Lomb. fl.	—	109.70
4 „ „ M.	—	—
3 „ „ Fr.	75.60	75.50
5 „ Ungar. Stsb.	116.90	116.80
4 „ von 1883 M.	—	104.90
3 „ I.—VIII. Em.	—	95.80
3 „ IX. Emmiss.	93.00	92.90
3 „ von 1885 Fr.	—	92.20
3 „ Erg.-Netz „	—	94.70
4 Pilsen-Priesen stfr.	—	84.70
3 Prag-Dux v. 1896	89.80	89.70
3 Raab-Oed.-Ebenf. M.	—	85.50
3 dto. v. 1891	—	81.50
4 Rudolf steuerfrei fl.	—	85.30
4 „ (Salzkgtb.) M.	—	103.00
5 Ungarische Galiz. fl.	—	—
4 Vorarlberger versch.	—	85.00
3 Ital. Eisb. S. A—E	—	55.30
3 Livornes. L. C, D u. D*	—	58.50
3 Sübital. E.-B. (Mer.)	57.90	57.80
5 Toskanische C. Fr.	—	92.00
5 Westfic. E. v. 79 stfr.	—	97.00
5 dto. v. 80. .	—	—
4 Russ. Südwest E.-B.	—	103.20
4 Wladikawkas-Obl. .	103.30	103.20
Anatol. E.-B.-Obl. i. G.	—	85.60
Oéste de Minas E.-B.	—	83.10
6 Cal. Pac. III. Mortg.	—	96.90
5 California u. Oregon	—	103.10
6 Pac. of Mis. Konsol.	—	84.00
Southern Pac. of Calif.	—	107.00
West. N.-York P. I M.	—	105.30

Pfandbriefe.

4 Frkf. Hyp.-Kr. S. 27	—	103.80
3½ dto. S. 28 u. 30	—	99.70
4 Hamb. Hyp.-B. S. 141 —250 (unk. b. 1900)	—	101.90
4 Meininger Hypothbk.	—	100.00
4 dto. (unk. b. 1900)	—	102.50
3½ dto. (unk. b. 1905)	—	100.80
4 Pfälz. Hyp. („ „ 1898)	100.40	100.30
3½ dto.	—	100.00
4 Preuß. C.-B.-K. 1890 (unk. b. 1900)	—	102.30
3½ „ C.-B.-K. 1886	99.00	98.90
3½ „ C.-B.-K. 1889	99.00	98.90
3½ dto. 94 unk. b. 1900	—	99.00
3½ dto. 96 „ „ 1906	—	101.00
4 Preuß. Hyp.-Ver.-A.	—	99.50
4 „ gar. b. 1905	102.40	102.30
3½ „ Vers.-A.-G. .	—	97.20
3½ „ Pfdbr.-Bk. E. XVII unk. b. 1905	—	101.00
4 Rh. Hyp. unk. b. 1897	—	100.10
4 dto. „ „ 1902	103.10	103.00
3½ dto.	99.00	98.90
3½ dto. S. 69—74	—	100.00
4 Südd. B.-Kr. Mnch.	—	99.90
4 Württ. Hypothekenb.	—	100.30
4 Allg. Elektr.-G.-Obl.	—	102.50
4 Eisenbahnrentenbk.	—	—
5 Dortmund Union.-H.	—	101.50
3½ Kleinb.-Obl. Preuß. Pfd.-Bl. unk. b. 1904	—	101.00

Verzinsliche Lose

4 Badische Prämien .	—	149.30
4 Bayerische Prämien	—	153.50
5 Donauregulierung .	—	118.40
3½ Köln-Mindener .	—	140.70
4 Meininger Präm.-Pf.	—	137.60
3 Oldenburger . .	—	128.60
4 Oesterr. v. 1854 .	—	144.40
5 „ v. 1860 .	129.00	128.90
3 Türken Fr. 400 .	—	34.20

Papier-Geld.

Amer. (H. Grenb.) p. D.	—	4.16
Franz. Banknoten .	—	80.85
Oesterr. 100 fl. Bankn.	—	170.00
Russ. Banknot. p. S. R.	—	—

Unverzinsliche Lose.

Ansbach-Gunzb. fl. 7	—	41.80
Augsburger . . fl. 7	24.80	24.70
Braunschweig Thr. 20	—	109.10
Finnländer Thlr. 10	—	58.50
Freiburg (Kant.) Fr. 15	—	28.20
Mailänder . Fr. 45	—	39.90
„ . Fr. 10	—	13.20
Meininger . fl. 7	22.40	22.30
Neuchateler . Fr. 10	—	20.80
Oesterr. v. 1864 fl. 100	—	328.80
„ Kred. v. 58 „ 100	—	334.50
Pappenh. Gräfl. „ 7	—	23.70
Schwedische Thlr. 10	—	—
Ungar. Staats fl. 100	—	269.00
Venetianer Lire 30	—	22.90

Geld-Sorten.

20 Franken-Stücke .	16.19	16.15
Dollars in Gold. .	4.20	4.16
Engl. Sovereigns .	20.38	20.33

Verfallene Coupons.

Amerik. Unit. St.-Obl. .		4.16½
dto. Eisenbahn . . .		4.16½
Belgische . . . . Fr.	100	80.60
Franz. . . . . „	100	80.70
Oesterr. S. W. . . fl.	100	169.10

Reichsbank-Diskonto . . 5%

Wechsel.

Amsterdam	fl. 100	168.60	—
Antwerpen-Brüssel . . .	Fr. 100	80.75	—
Italien	Lire 100	76.97	—
London	Lstr. 1	20.33	20.42B 20.39G
New-York (3 Tage Sicht) .	D. 100	—	—
Paris	Fr. 100	80.80	—
Schwz. Bkplätze	Fr. 100	80.475	—
Wien ö. W.	fl. 100	170.10	—
dto.	m. S.	—	—

Prämien-Erklärung: 26. Jan. 23. Febr. Abrechnungstage: 28. Jan. 25. Febr.

3 Russische Gold-Anl. v. 1896 (stfr.) M. 2020 4040 000 B 00 G
4 Mitteld. Bodenkredit (Greiz) Hyp.-Pfandbr. 000 bez.
4 Northern Pacific Vorzugsactien 32.70 bez.
4 Allg. Elektr. (Berlin) Obl. v. 1896. Ser. 3 102.50 bez.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Großh. Badische Staats-Eisenbahnen.

Die Bauarbeiten zur **Herstellung eines Dienstwohngebäudes für sechs Weichenwärter und einem Oekonomiegebäude an der Eppelheimer Landstraße in Heidelberg** sollen im öffentlichen Verdingungswege vergeben werden. 448.2.2

Die Arbeiten sind veranschlagt:

1. Erd-, Maurer- u. Steinhauerarbeiten	17 440 M.
2. Gypserarbeit	2 192 „
3. Zimmerarbeit	4 439 „
4. Schreinerarbeit	3 205 „
5. Glaserarbeit	1 520 „
6. Schlosserarbeit	1 565 „
7. Blechnerarbeit	696 „
8. Tüncherarbeit	1 076 „
9. Pflästererarbeit	117 „

Pläne und Bedingnißheft liegen in dem diesseitigen Hochbaubüreau zur Einsicht auf und werden daselbst Arbeitsverzeichnisse zum Einsetzen der Uebernahmspreise abgegeben.

Die nach Einzelpreisen zu stellenden Angebote sind bis längstens **Samstag den 30. Januar l. J., Morgens 9 Uhr**, mit der Aufschrift „Angebot auf Bauarbeiten zur Herstellung eines Dienstwohngebäudes" versehen, bei mir einzureichen.

Zuschlagsfrist: 3 Wochen.

Heidelberg, den 15. Januar 1897.

Der Großh. Bahnbauinspektor II.

Holzversteigerung.

Die großh. Bezirksforstei Durlach versteigert am **Dienstag den 26. Januar d. Js.**, Vormittags 10 Uhr, **in Genter's Halle in Durlach**, aus Domänenwald Rittnert, Abteilung 12:

17 Buchen, 14 Eichen-Stämme,
583 Ster buchenes, 163 Ster eichenes,
2 Ster Nadelholz Scheitholz,
31 Ster buchenes, 29 Ster gemischtes Prügelholz,
2025 bucheue, 2300 gemischte Wellen,
2 Loose Schlagraum.

Aus Domänenwald Hohberg, Abteilung 3:

3 Buchen, 2 Eichen-Stämme.

Forstwart Bauer in Berghausen zeigt das Holz im Rittnert und Domänenwaldhütter Mutz in Jöhlingen die Stämme im Hohberg. 465.1

Aufforderung.

Wer über den Aufenthalt des Bienenzüchters und Honighändlers **Johann Bach von Donaueschingen**, früher wohnhaft in Ippingen, in der Nacht vom Donnerstag, 15. Oktober, auf Freitag, 16. Oktober v. J., oder am Vormittag des Freitag, 16. Oktober v. J., Auskunft geben kann, wird um beziigliche Mitteilung an die Gendarmerie ersucht.

Personbeschreibung: 28 Jahre alt, 1,75 m groß, kräftige Statur, breites Gesicht, gesunde Farbe, dunkelblondes Haar, blonder, schwacher Schnurrbart. Am kleinen Finger der rechten Hand fehlen die vordern Glieder. Grauer Anzug und grauer, weicher Filzhut; vielleicht auch hellbrauner Ueberzieher.

Konstanz, den 18. Januar 1897.

Der Untersuchungsrichter beim Gr. Landgericht.

Vergebung von Walzeisenlieferungen.

Für den **Amthausneubau in Karlsruhe** sind innerhalb 3 Lieferfristen von zwei zu zwei Monaten im Ganzen **165,000 Kg.** Walzeisenstäbe zu vergeben.

Angebote auf Einzelpreise werden beim Sekretariat der Baudirektion angenommen, woselbst auch die Angebotsformulare und die Werkpläne eingesehen werden können.

Die Angebote sind spätestens bis **zum 25. d. M., Abends 6 Uhr**, beim Sekretariat der Baudirektion einzureichen.

Zuschlagsfrist 10 Tage. 467.1

Karlsruhe, den 15. Januar 1897.

Großh. Baudirektion.
Dr. Josef Durm.
Martin.

Amtliche Bekanntmachungen.

(Aus dem „Karlsr. Tagbl.")

Die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden betr.

Nach der Bestimmung des §. 9 des Reichsgesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juni 1887 (Reichs-Gesetzblatt Seite 245) erfolgt die Vergütung für verabreichte Fourage mit einem Aufschlag von 5% nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Kalendermonats, welcher der Lieferung vorausgegangen ist.

Laut der gemäß Ziffer IV der Verordnung vom 21. September 1887 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 27 Seite 320) ergangenen Veröffentlichung der höchsten Durchschnittspreise der nach dieser Anordnung in Betracht kommenden Marktorte, welche mit einem Aufschlag von 5% zu verkünden sind, betragen die der **Fouragelieferungen im Monat Januar** im diesseitigen Amtsbezirk zu Grunde zu legenden höchsten Tagespreise einschließlich des Zuschlags von 5% für

1 Zentner Hafer 7 M. 59 Pf.,
1 Zentner Heu 3 M. 82 Pf.,
1 Zentner Stroh 2 M. 84 Pf.

Karlsruhe, den 13. Januar 1897.

Großh. Bezirksamt.
Schupp.

Die Maul- und Klauenseuche in Rußheim betreffend.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Rußheim wieder erloschen ist. Die bezüglich dieser Gemeinde gemäß §. 59 der Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 18. Dezember 1895 angeordneten Beschränkungen im Viehverkehr sind aufgehoben.

Karlsruhe, den 16. Januar 1897.

Großh. Bezirksamt.
Schupp

Ein liegender **Deutzer**

Gasmotor,

½ Pferdekraft, noch sehr gut im Stande, ist sammt Zugehör preiswerth zu verkaufen. 354.3.3

Näheres **„Badener Tagblatt" Baden-Baden.**

Städtische Sparkasse Karlsruhe (einschl. Schulsparkasse).

Die Rückgabe der vorgelegten Sparbücher erfolgt auf Vorlage der Empfangsbescheinigungen

am 21. bis einschließlich 26. d. M.,
Vormittags von 8—12 Uhr u. Nachmittags von 2—5 Uhr,

im Geschäftszimmer unserer Sparkasse. 470.2.1

Karlsruhe, den 19. Januar 1897.

Der Verwaltungsrat.
Siegrist.

Regie-Wein,

ächten Trientiner, weiss und roth,
unter Kontrolle der k. k. Versuchstation St. Michele
empfiehlt in Flaschen und im Faß 151.4.4

F. Bausback,
KARLSRUHE, Amalienstr. 53.

Otto's neuer Motor aus der Gasmotorenfabrik Deutz,

stehender und liegender Anordnung, in Größen von ½—200 Pferdestärken, für **Gas, Benzin und Petroleum.** 225.46.3

Ventil-Präcisions-Steuerung.
Ueber 42,000 Motoren mit ca. 170,000 Pferdekräften in Betrieb.

Faas & Dyckerhoff, Mannheim,
Generalvertreter für Baden, Pfalz ꝛc.

Nach England

via **Vlissingen** (Holland) **Queenboro.**

Zweimal täglich (auch Sonntags).

Karlsruhe Abfahrt 8.15 Nm. **London** Ankunft 9.05 Nm.
„ „ 12.46 „ „ **7.46 Vm.**
Preis I. Cl. einf. Mk. 81.10; retour I. Cl. Mk. 119.40.
„ II. „ „ „ 56.70; „ II. „ „ 81.80.

Vom 8. December 1895 ist der sehr beschleunigte Dienst mittelst der neuen **Rad**-Dampfer **„Koningin Wilhelmina", „Koningin Regentes"** und **„Prins Hendrick"** in Kraft getreten. Diese **Rad**-Dampfer zeichnen sich durch äusserst bequeme Einrichtung, **ruhige** Fahrt und grosse Seetüchtigkeit aus. Wirkliche Seereise auf 2¾ Stunden beschränkt. Durchgehende Wagen. Speisewagen ab Venlo.

Näheres bei **Bruno Kossmann** in **Karlsruhe.** 225.16.3

Die Direction der Dampfschiff.-Ges. Zeeland.

Zweite

Verloosung von Kunstwerken

der
Intern. Kunst-Ausstellung
zu Berlin.

Ziehung am 11. u. 12. Februar 1897.

Loose à 1 M., 11 Loose für 10 M.,
Porto und Liste 20 Pfg.
empfehlen und versenden auch gegen Briefmarken 222.10.5

Carl Heintze,
Berlin W., Unter den Linden 3,
und die durch Plakate kenntlichen Handlungen.

3500 Gewinne
mit 90% garantirt.

1 à	30 000 =	30 000 M.
1 „	15 000 =	15 000 „
1 „	5 000 =	5 000 „
1 „	4 000 =	4 000 „
1 „	3 000 =	3 000 „
2 „	2 000 =	4 000 „
3 „	1 000 =	3 000 „
4 „	750 =	3 000 „
5 „	500 =	2 500 „
6 „	400 =	2 400 „
10 „	300 =	3 000 „
20 „	200 =	4 000 „
25 „	100 =	2 500 „
30 „	50 =	1 500 „
40 „	40 =	1 600 „
50 „	30 =	1 500 „
500 „	20 =	10 000 „
500 „	10 =	5 000 „
3000 „	5 =	15 000 „

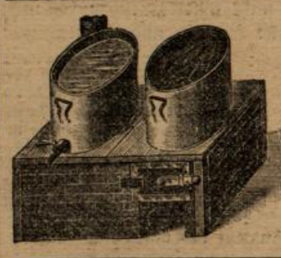
In Karlsruhe zu haben bei **Carl Götz, Lederhandlung, Hebelstrasse 15.**

Wachstuche, Ledertuche, Gummidecken, Tischläufer, Wandschoner

168.—3

empfehlen in **großer** Auswahl zu **billigsten** Preisen.

W. Müllejans Nachf., Karlsruhe,
124 a Kaiserstr. 124 a, **Tapeten-Fabrik-Lager**, 124 a Kaiserstr. 124 a.



Neu! Neu!

Dampf-Waschapparat.

System Wenk D.R.G.

Leistungsfähiges System, mit Dampfdruck und continuirlichem Wasserstrahl.

Waschapparat und Wasserschiff mit einer Feuerung.

Ersparniß an Brennmaterial 50%.

Schon über 500 Apparate im Betrieb. Prima Referenzen. Prospecte gratis. — **Vertreter gesucht.** — 238.6.3

Schultz Wyss & Cie.,
Mech. Werkstätte, Amselstr. 18, Mülhausen i./Els.

The Ombos-Company Cairo

(Egypt.) 469.6.1

Hervorragende Specialitäten in aromatischen Egyptischen Cigaretten.
General-Vertreter für Süd-Deutschland
Paul Heubach in Hanau a./Main.

Vertreter.

Leistungsfähige Fabrik, mit ersten Referenzen, der **Möbel- und Armaturenbranche sucht tüchtigen**, cautionsfähigen **Vertreter** für **Karlsruhe und Umgebung.** Offerten mit Ausweis über bisherige Thätigkeit unter **E. C. 2822** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.** 454.1

Junge fette 306.3.3

Puten,

à 70 Pfg pro Pfd. frei Haus.
Engros-Abnahme extra Preise.
Geflügel-Mastanstalt
J. Peiser, Tilsit.

Fritz Leppert, Karlsruhe.
Telephon 302. 114.—6
Colonialwaaren, Landesprodukte, Conserven, Mehl, Oele und Fettwaaren en gros & en détail. Specialität: **„rohe u. selbstgebrannte Cafés".** Proben gratis und franco. Post- und Bahnversandt. Geschäftsprincip: streng reelle Bedienung, bescheidenster Nutzen.

Zu verkaufen: Eine ächte

Stradivarius-Geige.

Offerten unter **P. 6748** an **Rudolf Mosse, Karlsruhe.** 462.1

Putztücher.

Putztücher, weich u. groß, das
Stück 20 Pfennig
bei 223.16.2

Franz Perrin,
Großherzoglicher Hoflieferant
Kaiserstraße 124 b.

In einer Weinhandlung Mittelbadens findet ein jüngerer Commis mit hübscher Schrift und guten Zeugnissen per sofort oder auf 1. Februar angenehme

Stellung.

Offerten an die Exped. ds. Blattes unter Nr. 305.5.4.

4% Badische Obligationen in Gulden.
4% Badische Obligationen in Mark von 1878 und 1879.

Die Ziehung der vorgenannten Obligationen findet am **6 Februar d. J.** statt. 478.1
Die Anmeldung zur Versicherung gegen Coursverlust bitte ich bis spätestens **5. Februar d. J.** vorzunehmen.
Karlsruhe, 19. Januar 1897.

Veit L. Homburger.

Bekanntmachung.

Die Restbestände der Ad. Saenger'schen **Concursmasse**, enthaltend alte rote und weisse Burgunder und Bordeaux etc. etc., werden bei mir, so lange die Vorräthe reichen, ausverkauft. — Ferner stehen grosse Posten Bordeaux-, Rhein-, Mosel- und Dessertweine, Cognac und Champagner etc. gegen Baarzahlung zum schleunigen Verkauf und notire folgende **bedeutend herabgesetzte** 447.1

Ausnahmepreise:

Bordeaux.

Roth:	Mark
Bouillac	0,75
St. Christely, Orig.	1,—
Chat. Beychevelle	1,30
„ **Faubernet**, Orig.	1,55
„ d'Arsac-Segur, Orig.	1.75
„ **d'Arcizac**, Orig.-Abz.	2,—
„ Lagrange, Orig.	2,25
Dom. Matrac Tabanac, Orig.	2,60
Chat. **Mont. d'Armaillhacq**	3,—
Mouton Rothschild	3,50
Weiss:	
Graves	1,—
Haute Sauternes	1,50
Chat. Yquem	2,20

Burgunder.

Macon, rot	1,50
Moulin à vent, rot	2,75
Chablis	1,50

Ein grosser Posten ff. Rothwein **„Medoc"**, vorzügl. Tischwein, à Flasche inkl. Glas **55 Pf.**, per Oxhoft (Inh. ca. 300 Fl.) inkl. Fass **100 Mk.** netto. Analyse v. Gerichts-Chemiker Dr. C. Bischoff in Berlin.

Moselweine.

	Mark
Königsmosel (Tischwein)	0,55
Trittenheimer	0,65
Graacher	0,75
Brauneberger	1,—
Berncastler Doctor	1,50
Zeltinger Burg	1,80
Josephshöfer Auslese	2,00
Dom. Scharzhofberger	2,60

Rheinweine.

	Mark
Ia. Hochheimer	0,70
Laubenheimer	0,80
Bechtheimer Wolfsau	1,—
Wachenheimer Bächel	1,25
Niersteiner Riesling	1,50
Rüdesheimer Bischofsberg	2,—
Deidesh. Michelbr.	2,50
Steinberger Cabinet 1886er	3,50
Steinwein in Boxbeutel	2,85
Assmannshäuser / Ober-Ingelheimer rot	1,— / 1,40
Walportsheimer rot	1,80

Cognac.

	Mark
Deutscher Cognac v. o.	1,30
Garant. **franz.** Ursprungs: D. Pauleon u. Co.	1,85
Olivier Barioll & Co. i. Bastgefl.	2,25
S. Blainville & Co.	3,—
L. Daniaud fils & Co. Cognac	3,50
Gabriel Dubois & Co.	3,90
Barnett & fils Cognac	4,75
Boutillier, G. Briand & Co.	5,25

Rum und Arac.

	Mark
Alter Rum	1,50
Feiner alter Rum	2,—
Old Jamaica Rum	3,50
Jamaica-Rum (W. Ruge in Kingston), Orig.-Literfl.	3,—
Arac de Goa	1,50
Arac de Batavia	2,—
Whisky scotch, Orig.	3,—
Benedictiner / Liter	2,25
Chartreuse Erf. / per	3,—
Elixir d'Anvers	3,75

Dessertweine.

	Mark
Ober-Ungar, rein	1,—
Ruster Ausbruch	1,80
Meneser Schlossblume, rot	1,20
Herber Ober-Ungar	1,50
Vöslauer Blutwein	1,15
Portwein	1,15
Feiner alter **Portwein**	1,75
Portwein white	1,90
Sherry	1,50
„ **old**	1.80
Marsala	1,25
Madeira	1,50
„ old	1,80
Malaga, superior	1,50
Samos, Lacrimae Christi	1,30
Vermouth di Torino	1,15

Champagner.

	Mark
Lorraine-Champag.	1,—
„Mad. Sans-Gêne" / Sparkling Moselle / Sparkling Hock (Dtsch. Fbk.)	1,25 / 1,40 / 2,—
Duc de St. Georges	2,80
Bisinger & Co., Ay Sablon	3,65
Henry Abelé, Reims	4,—
Deutz & Geldermann, Ay-Sec.	5,—
Duminy & Co., Ay	5,30
Jules Mumm & Co., Reims	6,50
Oliven-Oel	1,75

Für tadellose Waare leiste Garantie.

Versandt gegen Voreinsendung mit 2 pCt. Sconto oder Nachnahme.

Flaschen, Körbe, Kisten und Emballagen berechne ich nicht; weniger als 16 Flaschen werden nicht versandt.

Bestellungen sind zu richten an:

C. A. L. Krause,

Bureau und Kellereien:
Berlin W., Taubenstrasse 23.
Telephon: Amt I. 4612.
Zweighaus: **Hamburg**, Gr. Reichenstrasse 49.

Fächer jeder Art

in reicher Auswahl bei 224
Friedrich Blos,
Grossh. Hoflieferant,
F. Wolff & Sohn's Détail,
Karlsruhe.
Neumontirungen, ebenso Reparaturen werden prompt besorgt.
Fernsprech-Anschluss Nr. 218.

115.15.6

Tüchtiger, erfahrener Kaufmann,

34 Jahre alt, flotter Arbeiter, für Comptoir und Reise geeignet, sucht Vertrauens- bezw. Lebensstellung, gleichviel in welcher Branche. Derselbe würde auch die Führung eines Geschäftes oder einer Filiale übernehmen. Beste Referenzen stehen zur Seite. Gefl. Offerten an die Expedition ds. Blattes erbeten unter Nr. 453.3.1

Confirmation Evang. Gesangbücher

in grösster Auswahl zu den billigsten Preisen, 460.—1
mit **Goldschnitt** schon von **Mk. 1.80 an.**
Kleines Format in den feinsten Einbänden.

Herm. Schmidt Nachf.
L. Wohlschlegel,
Karlsruhe,
Kaiserstrasse 159,
Ecke Ritterstr.

Der Name wird auf die Gesangbücher **gratis** aufgedruckt.

Eintrachtssaal Karlsruhe

Freitag den 29. und **Samstag den 30. Jan.**, ½8 Uhr Abends, nur
2 sensationelle Vorstellungen
der berühmten Künstler 429.10.2

HOMES & Mdme. FEY

u. Frl. Davenport.

Neue, unergründliche, hier noch nie gezeigte Experimente auf dem Gebiete der Psychologie, Willensbeeinflussung, Anamnesis, Spiritualismus, Gedankenübertragung und Somnambulismus.

Zum 1. Male in Europa:
Das Seh-Medium.

Preise der Plätze: Nummerirter Sitz 2.50, 2 u. 1 Mk., Entrée und Gallerie 75 Pfg. Vorverkauf von heute an in der Musikalienhandlung **Fr. Doerr.**

Redakteur gesucht.

Für eine liberale Tageszeitung in Baden wird ein zweiter Redakteur gesucht. Demselben fällt namentlich die Bearbeitung des lokalen und badischen Theiles und der vermischten Nachrichten unter besonderer Berücksichtigung aller Vorgänge in der Umgebung des Erscheinungsortes der Zeitung zu. Stenographische Kenntnisse erwünscht.

Offerten erbeten an die Expedition d. Bl. unter Nr. 450.1

Für Comptoir und Reise

sucht eine Baumaterialien-Handlung in einer Stadt am Rhein zu sofortigem oder baldigem Eintritt einen 456.2.1

tüchtigen, gewandten jungen Mann.

Branche-Kundige werden bevorzugt.
Offerten mit Zeugnißabschriften und Gehaltsansprüchen unter C. R. an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Verkäuferin-Gesuch,

eine perfekte, für Kleiderstoffe und Confection, welche auch das Decoriren der Schaufenster gründlich versteht, findet per 1. oder 15. Februar **dauernde Stellung.**

Offerten an die Expedition d. Bl. unter Nr. 461.1

Xylographen,

463.2.1

techn., tücht., sof. ges. Ev. Reiseverg. Proben und Gehaltsanspr. an
Ludwig Grünewald,
Xylogr. Kunstanstalt, **Elberfeld.**

Offene kaufm. Lehrstelle.

Pr. Januar 1897 ist für einen Sohn von guter Familie mit den nöthigen Vorkenntnissen bei mir eine Lehrstelle frei. Kost und Wohnung im Hause.

Fritz Leppert, Karlsruhe.
Colonialwaaren en gros & en détail. 113.—5

Kaufm. Lehrstelle-Gesuch.

Für meinen Sohn (Oberrealschüler) suche auf Ostern geeigneten Platz in Karlsruhe, wo ihm Gelegenheit geboten, sämmtliche Comptoirarbeiten gründlich zu erlernen. Gefällige Anerbieten erbeten an die Expedition d. Bl. unter Nr. 389.3.2

Druck und Verlag von Otto Reuß, Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.